



Nur Trennung oder Scheidung?

**Beziehung zwischen SP und Gewerkschaften
Eine Diskussion zwischen Rudolf Strahm und Hans Schätti**



Die Auseinandersetzungen rund um die 10. AHV-Revision und das Referendum gegen die Heraufsetzung des Rentenalters für Frauen bringen es ans Licht: Zwischen den Gewerkschaften und der SPS herrscht alles andere als Eintracht. Stehen hinter den entgegengesetzten Abstimmungsparolen für den 25. Juni weitergehende Meinungsverschiedenheiten? Zerbricht die gewerkschaftlich-politische Einheit? SP-Nationalrat Rudolf Strahm und SGB-Vizepräsident Hans Schätti kreuzen für MOMA die Klingel. Peter Sigerist leitete die Diskussion, Roland Brunner besorgte Abschrift und Bilder.

Bodenmann bezeichnet hat, oder stecken tieferliegende Ursachen dahinter, wie dies SGB-Präsident Vasco Pedrina anspricht?

Hans Schätti: Der Konflikt zwischen SP und Gewerkschaften taucht nicht zum ersten Mal beim AHV-Referendum auf. Schon bei der Krankenkassen-Initiative gab es Meinungsverschiedenheiten, da diese von der SP praktisch fallengelassen worden ist. Massgebliche Kreise der SP haben auch gegen die AHV-Aus-

Hintergrund dieser Auseinandersetzungen ist offensichtlich, dass beim Gewerkschaftsbund und bei der SP die Frage der sozialen Umverteilung nicht mehr gleich eingeschätzt und gewichtet wird. Sowohl die Krankenkassen- als auch die AHV-Initiative sind eigentlich traditionelle Umverteilungsinitiativen. In der SP scheint eine Umverteilungspolitik mehr und mehr umstritten, während die Gewerkschaften ihrer Basis gegenüber eine klare soziale Interessenpolitik betreiben.

Rudolf Strahm: Die Auseinandersetzungen zwischen SP und Gewerkschaften rund um die AHV-Revision hätten sich mit besserer Regie der

Im Vorfeld der Abstimmung über die AHV-Revision am 25. Juni wird heute eine Auseinandersetzung zwischen dem Gewerkschaftsbund und der SP öffentlich. Während die SP nach ihrer Urabstimmung die Ja-Parole zur AHV-Revision beschloss, halten die Gewerkschaften am Nein fest. Ist dies eine "taktische Differenz", wie dies SP-Präsident Peter

Es ist offensichtlich, dass beim Gewerkschaftsbund und bei der SP die Frage der sozialen Umverteilung nicht mehr gleich eingeschätzt und gewichtet wird.

bau-Initiative Stellung genommen. Ursula Mauch beispielsweise meinte, sie "passe nicht mehr so ganz in die Landschaft".

Die Auseinandersetzungen zwischen SP und Gewerkschaften rund um die AHV-Revision hätten sich mit besserer Regie der Leitungen beider Seiten vermeiden lassen.

Leitungen beider Seiten vermeiden lassen. Die SP hat sich gegen den Druck von aussen, von trotzkistisch



Rudolf Strahm ist Nationalrat der Sozialdemokratischen Partei SPS und Präsident des MieterInnenverbandes der deutschen Schweiz. Er ist Mitglied des VPOD.



orientierten Gewerkschaftern der GBI gewehrt.

Es bestehen aber unterschiedliche Einschätzungen in einigen Grundfragen, vor allem bezüglich des Gebrauchs der Volksrechte. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat seit langer Zeit kein Referendum oder eine eigene Initiative mehr durchgebracht. Wir zweifeln daran, ob es richtig ist, von einem Referendum zum nächsten zu jagen, wenn man dann dilettantische, unprofessionelle und ineffiziente Abstimmungskomitees die Arbeit machen lässt. Unsere Bewegung, Gewerkschaften und Partei, braucht hier und da einen Erfolg, sonst führt politisches Engagement nur zu Frustration. Bei den Gewerkschaften herrscht im Moment eine Lamentierstimmung über die bürgerliche Offensive verbunden mit hohlem Drohgehebe.

Den Umverteilungsprozess als solchen stellt ihr nicht in Frage?

Rudolf Strahm: Es ist unbestritten, dass sich die soziale Frage heute akuter und brisanter stellt. Ich wehre mich gegen die gewerkschaftlichen Vorwürfe an die SP, inszeniert von Vasco Pedrina und orchestriert von den GBI-Lokalsekretären, die SP habe die soziale Frage vergessen. Auf diese Umverteilung von unten nach oben können wir heute aber

Bei den Gewerkschaften herrscht im Moment eine Lamentierstimmung über die bürgerliche Offensive verbunden mit hohlem Drohgehebe.

nicht mehr allein mit der Mobilisierung der Kerntuppen der organisierten Arbeiterbewegung antworten. Es braucht dazu breitere Koalitionen, für die die SP mehr Perspektiven aufzeigen kann als die Gewerkschaften.

Die Perspektive der verstärkten Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Regierungsparteien wie in der Drogen- oder der Europafrage? Überlässt die SP damit die sozial schwachen Schichten arbeitsteilig der Interessenvertretung durch die Gewerkschaften?

Hans Schättli: Das Referendum gegen die 10. AHV-Revision ist sicher nicht – wie das Rudolf Strahm behauptet – von einer trotzkistischen Gewerkschaftsführung inszeniert worden. Für die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder ist die Heraufsetzung des Rentenalters schlicht unannehmbar, und dieses Interesse nehmen wir als Gewerkschaft wahr. Zudem gab es vom Frauenkongress SGB und bei der GBI für diese Frage klare Kongressbeschlüsse. Die Interessenlage bei den Gewerkschaften ist

völlig klar, aber bei der SP ist sie diffus geworden. Wenn wir die Interessen dieser Lohnabhängigen nicht mehr wahrnehmen, riskieren wir, dass sie sich anderen politischen Kräften zuwenden, wie das der SP heute schon geschieht. Mit ihrer Mittelstandspolitik gewinnt die SP nicht nur neue Schichten dazu, sondern sie verliert am anderen Rand vor allem in ländlichen Schichten wieder, was sie in der Mitte gewinnt. Für traditionellere Arbeiter- und Angestelltenschichten, wie wir sie vertreten, verliert die SP an Glaubwürdigkeit. Die entgegengesetzten AHV-Parolen sind daher tatsächlich Ausdruck einer unterschiedlichen sozialen Basis von SP und Gewerkschaften.

Die Gefahr besteht, dass die SP sich immer mehr zu einer Modernisierungspartei, zu einer Partei der Modernisierungsgewinner entwickelt und die ModernisierungsverliererInnen aus dem Blickfeld der Partei verschwinden. Die soziale Frage erscheint noch als Rhetorik fürs Parteiprogramm. Die Gewerkschaften können sich das nicht leisten. Laut Umfragen ist ja eine deutliche Mehrheit der Schweizer Bevölkerung gegen die Heraufsetzung des Rentenalters. Ob diese Mehrheit auch bei der Abstimmung

Die Gefahr besteht, dass die SP sich immer mehr zu einer Partei der Modernisierungsgewinner entwickelt und die ModernisierungsverliererInnen aus dem Blickfeld der Partei verschwinden.

zum Tragen kommen wird, ist eine andere Frage. Für uns ist das Referendum eine Frage der Ehrlichkeit in der Politik und ein Mittel, das weitere Abwandern traditioneller Arbeiterschichten zu den rechten Parteien zu verhindern.

Zumindest in der Deutschschweiz verliert ja die SP heute tatsächlich nach rechts. Beschleunigt die Ausrichtung der Parteipolitik Richtung bürgerliche Mitte diesen Prozess nicht noch zusätzlich?

Rudolf Strahm: Mich erstaunt und erschreckt die Selbstsicherheit, mit



der die Gewerkschaften behaupten, aus Sicht der Mehrheit der Lohnabhängigen komme nur ein Nein zur AHV-Revision in Frage. Eine Foate. Eine kontroverse Urabstimmung in den Gewerkschaften wäre wohl kaum so deutlich ausgefallen. Wahrscheinlich hätte die Gewerkschaftsbasis wie die SP-Basis für die 10. AHV-Revision gestimmt, wenn sie gefragt worden wäre. Was nützen Parolen einer Führung, wenn eine kleine Kerntruppe voranstürmt und ihr die Basis nagt, die SP sei eine Modernisierungspartei. Ja, die SP ist auch eine Modernisierungspartei und darauf bin ich stolz. Die Sozialdemokratie hatte immer einen breiteren Anspruch, als rein ökonomistisch die Verteilungsfrage als Interessenwahrnehmung des Proletariats zu stellen. Bereiche wie Kultur, Demokratie, Frauenfrage, Drogen, Dritte Welt, Bildungs- oder Technologiepolitik usw. sind für eine Parteipolitik von Bedeutung. Die soziale Frage und die Sozialstaatsdebatte ist damit aber für

Ich sehe ein generelles Bündnis mit Bürgerlichen nicht als Perspektive, sondern als konkrete Koalitionsangebote in konkreten Fällen.

die Sozialdemokratie nicht vom Tisch, sondern steht im Vordergrund.

Die Frage ist aber, wer die Koalitionspartner bei der sozialen Frage sind. Wir brauchen auch die Mittelschichten mit sozialer Verantwortung, Kader mit sozialem Bewusstsein. Die SP muss eine Politik führen, die diese Schichten auch ansprechen kann. Noch ganze 35 Prozent der Beschäftigten arbeiten im Industriesektor. Davon sind rund zehn Prozent Kader im Dienstleistungsbereich der Industrie. Die Kernarbeiterschaft macht heute soziologisch nur noch rund 25 Prozent der Bevölkerung aus, und die Hälfte davon sind erst noch Fremdarbeiter ohne Stimmrecht. Die klassische Basis der Gewerkschaften macht damit noch rund zehn bis fünfzehn Prozent der Bevölkerung aus.

Wir brauchen für Mehrheiten also neue Koalitionen, und der SP ist in den letzten 15 Jahren dank der Ära Hubacher eine Ausweitung in die neuen Mittelschichten gelungen. Nur

Hans Schächli ist Vizepräsident der Gewerkschaft Bau und Industrie GBI und als Zentralsekretär verantwortlich für den Industriebereich sowie Vizepräsident des SGB.



noch rund zwölf Prozent der SP-WählerInnen sind GewerkschafterInnen. Das mutet vielleicht tragisch an, aber ich glaube nicht, dass dies mit einer anderen Parteipolitik anders wäre. Denn ein Teil der Arbeiterschaft ist schon Anfang der 70er Jahre verloren gegangen und damals zu Schwarzenbachs Republikanern abgewandert. Selbst die radikalste, klassenkämpferischste Politik hätte den Verlust dieser Schichten nicht verhindern können. Die ganze Arbeiterbewegung müsste also eigentlich froh sein, dass es via SP gelungen ist, auch technische Kader und Mittelschichten in einen Sozialvertrag einzubinden. Die Gewerkschaften allein wären dazu nicht in der Lage.

Hans Schächli: Diese Öffnung Richtung Angestelltenschichten ist zweifellos richtig und es stimmt, dass dies der SP besser gelungen ist als den Gewerkschaften. Wenn die soziale Frage aber nicht mehr ernst genommen wird, verliert die SP nur bei den sozial schwachen Schichten, was sie in der Mitte zulegt. Bei Ungelernten und Facharbeitern musste die SP in den letzten Jahren beträchtliche Verluste hinnehmen. Die nächsten Nationalratswahlen werden zeigen, dass das Potential der neuen Mittelschichten auch nicht unermesslich ist. Die heutige SP-Politik kommt nicht aus dem 20-Prozent-Bereich heraus, um den sich die SP zudem mit

den Grünen streiten muss. Mit modernistischen Parolen kann man in der Schweiz keine Mittelpolitik machen. Wenn wir in der Schweiz eine linke Politik machen wollen, kann man nicht einfach die sozial schwachen Schichten fallenlassen.

Wie müsste denn eine solche linke Politik aussehen?

Hans Schächli: Das Bündnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaften ist unbestrittenermassen wichtig. Deshalb beunruhigen mich die aktuellen Differenzen und die dahinterstehenden Probleme überhaupt. Bei der Wahlplattform der SP für die Nationalratswahlen beispielsweise erscheint die soziale Frage als reiner Lückenfüller. Es wird eine Initiative gegen Jugendarbeitslosigkeit vorgeschlagen, ohne dass dies je mit den Gewerkschaften diskutiert worden wäre. Die Idee wurde einfach lanciert, um zu zeigen, dass die SP die soziale Frage ernst nimmt, leider auf einem Punkt, der nicht der relevanteste ist. Die Gewerkschaften können alleine diese Probleme und die Abwanderung von Arbeiterschichten nach rechts nicht auffangen. Gewerkschaften sind auch keine Ersatzparteien.



Rudolf Strahm: Der Vorwurf, die SP habe die soziale Frage fallenlassen, ist reine Verleumdung. Hier kommt die alte trotzkistische Verattthese gegen die Sozialdemokratie wieder zum Vorschein, nach dem Motto: "Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!" Gegen solche Unterstellungen wehren wir uns! Für einige Gewerkschaften ist die SP im Gegenteil immer noch zu politisch und zu militant. Partner für die sozialen Projekte der letzten Jahrzehnte war immer der soziale Flügel der CVP. Die SP musste als Minderheitenpartei immer nach Koalitionen suchen. Die CVP ist heute in einer lamentablen Situation, und wir müssen wechselnde Koalitionen suchen mit Leuten, die aus dem bürgerlichen Lager kommen, die aber soziale Verantwortung empfinden. Sonst gibt es keine Mehrheiten. – Dass die SP-Leitung mit den Gewerkschaften nicht über die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen hat, ist ein Mangel, und der Kontakt muss nachgeholt werden!

Sind Mehrheiten nur mit erfolgreichen Abstimmungen, das heisst mit Mehrheiten zu haben? Lässt die SP damit Oppositionspolitik endgültig fallen? Liegt in der Regierungsbeteiligung die einzige Perspektive?

Rudolf Strahm: Ich sehe ein generelles Bündnis mit Bürgerlichen nicht als Perspektive, sondern als konkrete Koalitionsangebote in konkreten Fällen. Alles andere sind reine Gedankenspiele, die weder bei uns noch bei den bürgerlichen Parteien konsolidiert wären. Szenarien wie zum Beispiel SP plus zwei bürgerliche Parteien gegen eine dritte bürgerliche Partei sind an aller historischen Erfahrung vorbeigedacht.

Wir wollen eine Arbeitskoalition mit variabler Geometrie. Bei der Drogenfrage beispielsweise können wir nur mit den Freisinnigen vorankommen. Die Gewerkschaftsbasis lassen wir bei dieser Frage lieber in Ruhe. Würde die mitsprechen, käme es schrecklich heraus. Ähnlich verhält es sich mit der Europafrage. Es gibt wechselnde Koalitionen und keine festen Bündnisse. In thematischen Fragen ist der Bürgerblock heute bedeutend heterogener als früher, und das gibt uns die Möglichkeit, Spielräume für politisches Handeln zu schaffen.

Hans Schätti: Klar ist man in der Schweiz auf Koalitionen – auch wechselnde – angewiesen. Auch bei den Gewerkschaften kann man nicht einfach mit traditionellen Bündnispartnern rechnen. Um so weniger verstehe ich dann aber, weshalb die SP bei der sozialen Frage, bei der Auseinandersetzung um die AHV, eine Koalition mit dem Freisinn eingeht. Mindestens soviel sollte man aus der Geschichte gelernt haben, dass ein solches Bündnis nicht möglich ist.

Wie werden denn SP und Gewerkschaften nach der Abstimmung vom 25. Juni weiterfahren?

Rudolf Strahm: Selbstverständlich werden Gewerkschaften und SP weiterhin zusammenarbeiten. Es stehen ja noch einige grosse Brocken an: die Arbeitslosenversicherung, die Arbeits-

gesetzfrage usw. Ich bin froh um die Aussage von Hans Schätti, dass auch die Gewerkschaften die Öffnung Richtung Mitte brauchen. Hier liegt die zukünftige Koalitionsgrundlage von SP und Gewerkschaften. Die SP hat ihre Öffnung in neue Schichten und Themen gefunden. Bei den Gewerkschaften ist es noch offen, ob ihnen dies gelingt. Wir haben hier einen Teil, der stark radikalisiert ist, der praktisch eine Klassenkampfstrategie wiederaufleben lässt, und auf der anderen Seite einen grossen Teil der Gewerkschaftsbasis, der von Politik überhaupt nichts mehr wissen will und dem selbst die SP-Politik zu weit geht.

Teile der Gewerkschaftsbewegung machen heute nur noch auf konservative Besitzstandswahrung. Diese Mentalität verhindert es heute, den Staat dynamisch umzugestalten. Die Herausforderung ist, auch die Nachzügler in der Politisierung mitzunehmen, die traditionelleren Verbände, und nicht als militante AktivistInnen der neuen Linken und neue Gewerkschaftsfunktionäre an allen Schichten vorbei voranzupreschen. Der wirkliche Verhinderungsdruck gegen eine Modernisierung des Staates kommt gerade von der Besitzstandswahrungsmentalität der Gewerkschaftsbasis der Öffentlichen.

Hans Schätti: Die Gewerkschaften haben im Angestelltenbereich, beispielsweise in der Basler Chemie-

Wir versuchen, diese notwendige Öffnung zu erreichen, ohne dabei aber wegen der gutverdienenden Angestellten die traditionellen Gewerkschaftsschichten, die Ungelernten, die Frauen, die AusländerInnen fallenzulassen.

dustrie, in den letzten Jahren doch einiges erreicht. Wir versuchen, diese notwendige Öffnung zu erreichen, ohne dabei aber wegen der gutverdienenden Angestellten die traditionellen Gewerkschaftsschichten, die Ungelernten, die Frauen, die AusländerInnen fallenzulassen. Dieser Spagat ist nicht einfach, aber wir wollen nicht wie die SP einfach den traditionellen Flügel abschneiden. Sie hat acht Prozent ihrer Basis aus

Inserat



Ferien- und Bildungshaus Lindenbühl

9043 Trogen 071/94 13 31

Das Lindenbühl liegt in den sanften Hügeln Appenzells und bietet **Gruppen von 10 bis 50 Personen** einen idealen Ort zur Durchführung von Kursen, Tagungen, Workshops, Festen oder ganz einfach stressfreien Ferien.

In unserem 200jährigen Holzhaus mit viel Atmosphäre hat es **drei schöne Gruppenräume (bis 60m²)**. Wir legen Wert auf eine gesunde, abwechslungsreiche Küche.

Bitte verlangen Sie unseren Prospekt!



dem Arbeitermilieu verloren und dafür zehn Prozent bei den LehrerInnen zugelegt. Das ist eine radikale Verschiebung, die logischerweise Auswirkungen auf die Parteipolitik hat. Für die Gewerkschaften ist eine solche Ausrichtung schlicht unmöglich. Wir können die ModernisierungsverliererInnen nicht zugunsten der -gewinnerInnen fallen lassen.

Mit ihrer Ausrichtung hin zur Mitte und dem Fallenlassen der traditionellen Schichten kann die SP vielleicht ihre Basis verändern, vergrössern kann sie sie damit aber kaum. Das werden die Nationalratswahlen zeigen. Sie kann in der Stadt gewinnen, was sie auf dem Land verliert. Nicht zufällig marschiert die Rechte heute vor allem auf dem Land voran. Sie nützt das Potential aus, das die SP vernachlässigt.

Auch wenn nicht alle Gewerkschaftsmitglieder mit uns in der Führung politisch einverstanden sind, so wissen sie doch, dass wir eine Gewerkschaftspolitik betreiben, die ihre Interessen wahrnimmt. Damit gelingt es uns, diese Basis zu behalten und zu verhindern, dass die alten, traditionellen Gewerkschaftsmitglieder reihenweise austreten, wie dies bei der SP geschah. Am meisten Mühe bereitet die SP-Haltung in der AHV-Frage den Gewerkschafts-

Wenn man den Lernprozess für die soziale Frage bei den Mittelschichten vorantreiben will, muss man zum Spagat bereit sein, verkrustete Strukturen und liebgewordene Rituale und Zeremonien über Bord werfen.

sekretären, die immer in der und für die SP waren. Wenn sie die gewerkschaftlichen Interessen vertreten wollen, müssen sie sich heute gegen die SP stellen, für die sie sich gewerkschaftsintern jahrelang eingesetzt haben.

Rudolf Strahm: Wenn man den Lernprozess für die soziale Frage bei den Mittelschichten vorantreiben will, muss man zum Spagat bereit sein, verkrustete Strukturen und liebgewordene Rituale und Zeremonien über Bord werfen. Mit dem alten Stil kommt man nicht an die neuen

KOMMENTAR

Getrennt bei der 10. AHV-Revision – geeint bei der Auffang-Initiative?

Die AHV-Auffang-Initiative, für die auch die SP einige Unterschriften gesammelt hat, kommt hauptsächlich bei einem Nein zum Tragen, müsste sie doch in diesem Fall rasch zur Abstimmung gebracht werden. Die tiefen Kosten von Splitting und Betreuungsgutschriften und das Engagement vieler auch bürgerlicher Frauen für diese positiven Teile der 10. AHV-Revision würden ein Ja von Volk und Ständen ermöglichen.

Angesichts der jetzt geklärten politischen Ausgangslage – die geschlossene bürgerliche Phalanx unter Einschluss der Rechtsausen steht einem linksgrünen und gewerkschaftlichen Nein zur Rentenaltererhöhung gegenüber – liesse die Interpretation des Resultats am 25. Juni keinen Zweifel zu. Das Nein richtet sich ausschliesslich gegen das Rentenalter 64, nicht aber gegen Splitting und Betreuungsgutschriften, geschweige denn gegen die neue Rentenformel, die ohnehin bereits verwirklicht und von keiner ernstzunehmenden politischen Kraft bestritten wird. Bei einem Ja am 25. Juni würden sich Bundesrat und Parlament für die Abstimmung über die Auffang-Initiative bestimmt viel Zeit lassen, um die auflaufenden Kosten für eine Senkung möglichst hochzutreiben. Die Pensionskassen würden ebenfalls das Rentenalter erhöhen, so dass in einer Abstimmung um die Jahrtausendwende die Kosten an die Milliardengrenze reichen würden. Ein Erfolg an der Urne würde so höchst unwahrscheinlich.

Wer mit einem nüchternen Blick die sozialpolitische Realität der letzten Monate Revue passieren lässt, kann leicht zu folgendem Schluss gelangen: Rot-Grün gab insgesamt ein trauriges Bild ab. Es sind die Gewerkschaften, die gegen die bürgerliche Umverteilungsmechanik von unten nach oben die kohärenteste Linie entwickeln konnten. Sie sind es auch, die politisch und organisatorisch fähig sind, einmal gefasste Beschlüsse umzusetzen und damit eine nicht zu unterschätzende Glaubwürdigkeit entwickeln können.

Nach dieser Erfahrung muss es in Zukunft wieder möglich werden, eine überzeugendere und wirksamere rot-grüne und gewerkschaftliche Bündnispolitik zu entwickeln, werden doch die Sozialabbauer in diesem Land nicht so rasch von der Bildfläche verschwinden. Niemand im rotgrünen Spektrum kann dabei in Zukunft die Gewerkschaften ausser acht lassen, sind sie doch – wenn bei den anderen die Stricke reissen – zum letzten sozialen Gewissen in diesem Land geworden.

Peter Sigerist



Schichten heran. Die traditionelle Basis wird aber die alten Litaneien vermissen. Dass sich die Gewerkschaften dieser Herausforderung überhaupt stellen, finde ich aber sehr positiv.

Ich glaube nicht, dass man den Vormarsch der rechtsbürgerlichen Parteien einfach der Politik der SP anlasten darf. Die Hauptaufgabe für die SP in der sozialen Frage liegt heute in der neuen Armut, die gerade nicht an die Arbeit und die Arbeiterklasse gebunden ist und bei den Gewerkschaften nicht aufgehoben ist: Alleinstehende Frauen, Betagte und Ausgesteuerte sind jedoch die grösste Gruppe der Modernisie-

Ich hoffe einfach, dass die Grundlage für dieses Bündnis nicht noch weiter wegschmilzt. Korrekturen seitens der SP sind nötig und möglich.

rungsverliererInnen. Die SP organisiert viele militante SozialarbeiterInnen, die hautnah im Sozialbereich mit Menschen aus diesen neuen Armutsschichten zusammenarbeiten und die das soziale Gewissen in der Partei ausmachen.

Hans Schäppi: Ob es der SP mit ihrer heutigen Ausrichtung gelingt, die neue Armut zu erfassen, bleibt mindestens zu bezweifeln, so sehr ich dies auch hoffe. Die SP entwickelt sich immer mehr zur gut integrierten Mittelschichtspartei der

LehrerInnen und Staatsangestellten. Die Frage um Opposition oder Regierungsbeteiligung ist kaum mehr eine Diskussion. Die Regierungsbeteiligung wird kaum von Staatsangestellten infrage gestellt werden. Ich sehe nicht, wie diese Partei die neue Armut thematisieren und auffangen soll. Man kann die Erfolge der SVP nicht einfach als inner-bürgerliches Problem abtun, denn wie in Frankreich und anderen Ländern marschieren die Rechte auf dem Terrain der Linken voran.

Welche Lehren zieht man denn aus den Erfahrungen der AHV-Auseinandersetzung für die weitere Politik und weitere Koalitionen?

Hans Schäppi: Ich sehe Probleme in der Zusammenarbeit durch die verschiedene Ausrichtung von SP und Gewerkschaften, aber diese Probleme sind nicht unlösbar. Auch die SP muss über die Bücher gehen und ihren heute eingeschlagenen Kurs überdenken. Ich hoffe, dass innerhalb der Partei die Diskussion um die Ausrichtung einsetzt und sie breit geführt werden kann. Ich hoffe, dass dies zu einer Korrektur der heutigen SP-Politik führt und damit Bündnisse mit den Gewerkschaften wieder einfacher möglich werden. Wie Rudolf Strahm richtig gesagt hat, geht es dabei nicht um ein stehendes Bündnis, da SP und Gewerkschaften zusammen keinen mehrheitsfähigen Block ausmachen. Es braucht eine

breitere Bündnispolitik in wechselnden Koalitionen, aber für die Gewerkschaften wird die Zusammenarbeit mit der SP zentrale Bedeutung behalten. Ich hoffe einfach, dass die Grundlage für dieses Bündnis nicht noch weiter wegschmilzt. Korrekturen seitens der SP sind nötig und möglich.

Rudolf Strahm: Sicher ziehen wir unsere Erfahrungen aus dem AHV-Streit. Auch ich selber bin sensibler geworden gegenüber dem Verhältnis von SP und Gewerkschaften. Die Koalition SP-Gewerkschaften wird weitergehen, wahrscheinlich gelockerter. Politisch wird nur eine Verbreiterung der Basis Richtung Mittelschichten dieses Problem auflösen. Die soziale Frage wird dabei einen wichtigen Stellenwert einnehmen, wobei sich dies bei den Gewerkschaften im Arbeitsbereich um die Deklassierung und Dequalifizierung und bei der SP um die neue Armut und die neue soziale Frage drehen wird.

Wir wollen weiterhin eine Regierungspartei bleiben, denn wenn die Sozialdemokratie als soziales Gewissen wegfällt, wird dies von rechts aussen besetzt werden. Das Vakuum in Regierung und Verwaltung bei einem Auszug der SP würde den Rechtsrutsch erst institutionalisieren. Wir wollen heute verstärkt in der Regierung beteiligt sein, ohne festes Bündnis mit den Bürgerlichen, sondern mit wechselnden Koalitionen.

Inserat

bei Zytglogge

Susanne Ingold
Geliebter Junkie
Erleben und Überleben meines Bruders



Susanne Ingold berichtet über das Leben und Nicht-Leben-Können ihres Bruders Thomas, der an einer Überdosis Heroin gestorben ist. Thomas' Bilder und Textaufzeichnungen dokumentieren seine Sucht und die Versuche, davon loszukommen. Eine beeindruckende Verbindung von authentischer persönlicher Biografie mit allgemeinen sozialpolitischen Sachkapiteln.

Susanne Ingold, Geliebter Junkie, Br., 200 S., Fr. 32.-

EVA ZELTNER
MUT ZUR ERZIEHUNG
hillos!



15 aus einem Jugendwettbewerb ausgewählte Comics und ein didaktischer Teil zeigen, wie das Thema Rassismus im Unterricht angegangen werden kann. Eingesetzt werden Medien wie Polaroidkamera, Tonbandgerät, Familienfotos, Zeitungen, Video. Im Anhang Beispiele aus der Praxis.

Ruth Daellenbach (Hrsg.), fremd, Werkbuch gegen Rassismus Br., A4, 112 S., farbig, Fr. 38.-

Kindererziehen ist zum Problem geworden. Verunsicherte Erwachsene suchen Zuflucht bei fragwürdigen Erziehungsmythen. Dieses Buch möchte Eltern Mut machen. Mut zur Erziehung, Eigenständigkeit und Verantwortung. Wie eine konsequente und fantasievolle Erziehung aussehen kann, zeigt die Autorin in 20 Punkten.

Eva Zeltner, Mut zur Erziehung, Br., 248 S., Fr. 34.-

ruth daellenbach hrsg.



fremd
werkbuch gegen rassistische comics und bildwerke für das unterricht